

# Arbeitnehmerhaftung

R. Höfert

R. Höfert, M. Schimmelpfennig, *Hygiene – Pflege – Recht*,  
DOI 10.1007/978-3-642-30007-3\_2,  
© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2014

## Gesetze und Vorschriften

---

- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) §§ 421 und 426

## Erläuterung

---

### ■ Haftung des Arbeitnehmers aufgrund des Arbeitsvertrages

Als Folge steigender Schadenersatzansprüche aus Behandlungs-, Pflegefehlern und nosokomialen Infektionen wurden die Haftpflichtprämien für die Einrichtungsträger angehoben. Hierdurch kommt es vermehrt zu Rückgriffsforderungen des Arbeitgebers auf den Arbeitnehmer.

### ■ Rückgriffsanspruch des Arbeitgebers auf den Arbeitnehmer

Der Arbeitgeber kann nach allgemein üblichen Grundsätzen vom Arbeitnehmer Schadenersatz verlangen, wenn dieser seine arbeitsvertraglichen Verpflichtungen verletzt hat. Als haftungsmildernd für den Arbeitnehmer gegenüber seinem Arbeitgeber kann sich auswirken, wenn dem Arbeitgeber eine Mitschuld nachgewiesen werden kann. Dies ist dann der Fall, wenn der Arbeitgeber (Träger der Einrichtung) weder die gebotenen Anweisungen erteilt noch die erforderlichen Überwachungen durchgeführt hat, d.h. nur mangelhafte Arbeitsmaterialien zur Verfügung gestellt werden, die Arbeit nicht hinreichend organisiert ist, der Arbeitnehmer überlastet ist und seine Fähigkeiten offensichtlich überfordert sind, sowie Arbeitszeitvorschriften in erheblicher Weise verletzt worden sind.

Da die Pflegekraft in keinem vertraglichen Verhältnis mit dem Patienten steht, kommt eine direkte Inanspruchnahme aus deliktischem (rechtswidrigem) Handeln auf Schadenersatz und Schmerzensgeld in Betracht.

### ■ Mitverschuldungsaspekte des Arbeitgebers

- Fehlende Desinfektions- und Hygienepläne für Räume und Geräte
- Nichtbeachtung der neuesten gesicherten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik
- Weigerung des Arbeitgebers, die Arbeitnehmer auf Fortbildungsveranstaltungen zu schicken
- Fehlen von Anweisungen für die verschiedenen Desinfektionen
- Mangelnde Umsetzung des Medizinproduktegesetzes
- Keine Anweisungen zur Kontrolle von Ergebnissen
- Mangelnde Übergabezeiten zwischen den Schichtdiensten
- Personelle Unterbesetzung

Leistet der Arbeitgeber (Träger) dem Patienten wegen eines schuldhaften, fehlerhaften Handelns seines Angestellten einen Schadenersatz, so kann er vom Angestellten aufgrund des Arbeitsvertrages die Rückerstattung des an den Patienten gezahlten Schadenersatzbetrages fordern. Der Rückgriff ist in den §§ 421 und 426 BGB geregelt.

Diese Rückgriffsmöglichkeit wurde durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts eingeschränkt, da bei gefahr- und schadensgeneigter Arbeit der Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber nicht schadenersatzpflichtig gemacht werden kann, wenn das Verschulden des Arbeitnehmers im Hinblick auf die besonderen Gefahren der übertragenen Arbeit, nach den Umständen des Falles, nicht schwer ist (leichte Fahrlässigkeit). Der Arbeitnehmer, als Schädiger, haftet aber gegenüber dem Arbeitgeber, wenn er dem Patienten den Schaden vorsätzlich, mittel oder grob fahrlässig zugefügte.

- **War ein Arbeitnehmer als Schädiger verpflichtet, dem Patienten (Geschädigten) Schadenersatz zu leisten, kann er im Rahmen der gefahrgeneigten Arbeit von seinem Arbeitgeber auf dem Wege des Rückgriffs diese Schadenersatzleistung zurückfordern, sofern er leicht fahrlässig gehandelt hat. Dieser Rückgriff ist jedoch nicht möglich, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig zugefügt wurde.**

## Fallbeispiele und Urteile

---

### Urteil 1: gefahrengeneigte Arbeit

Schäden, die ein Arbeitnehmer bei gefahrengeneigter Arbeit nicht grob fahrlässig verursacht, sind bei normaler Schuld (auch normale, leichte oder mittlere Fahrlässigkeit oder mittleres Verschulden genannt) in aller Regel zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu teilen, wobei die Gesamtumstände von Schadensanlass und Schadensfolgen nach Billigkeitsgrundsätzen und Zumutbarkeitsgesichtspunkten gegeneinander abzuwägen sind (BGH, Urteil vom 29.11.1990, IZR 45/89).

### Urteil 2: Haftung des Arbeitnehmers

- Wenn er im Dienst dem Arbeitgeber einen hohen Schaden zufügt
- Bei grober Fahrlässigkeit in der Regel den Gesamtschaden
- Bei mittlerer Fahrlässigkeit unter Berücksichtigung des Einzelfalles zur Hälfte
- Bei leichtester Fahrlässigkeit nicht

(BAG, Urteil vom 23.01.1997, 8AZR 893/95)

### Fallbeispiel 1: Bauchtuch vergessen

Ein Krankenhausträger hat einem Patienten wegen grober Fahrlässigkeit Schmerzensgeld zahlen müssen, weil nach einer Operation im Bauchraum ein Bauchtuch vergessen wurde. Die verantwortliche Krankenschwester konnte nicht beweisen, dass sie die Bauchtücher gezählt und diesen Vorgang dokumentiert hatte. Der Träger forderte daraufhin von ihr den Schadenersatz.

### Fallbeispiel 2: Dekubitus

Ein Altenheimträger wurde zur Zahlung eines Schmerzensgeldes wegen eines entstandenen Dekubitus bei mangelnder Pflegedokumentation verurteilt. Er fordert den Ersatz von der Stationsleitung zurück, weil ihr grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden konnte.

**Fallbeispiel 3: Infektion nach Strumektomie**

Eine Patientin fordert Schmerzensgeld, da sie nach einer Strumektomie eine postoperative Infektion erlitten hat. Die OP-Leitung wird haftbar gemacht, da sie nicht beweisen kann, dass zwischen den Operationen eine Desinfektion des OP-Saals stattgefunden hat.

**Hinweise für die Praxis**

---

- Bei Schäden in der Behandlung und Pflege muss zunächst der Träger der Einrichtung haften.
- Sie müssen bei Fahrlässigkeit mit einer Schadensbeteiligung oder vollen Haftung rechnen. Eine wesentliche Rolle in der Beweisführung spielt für Sie die Dokumentation.
- Wichtig für Sie ist, dass Sie, bei vorher erkannten Gefahren, diese schriftlich mitgeteilt haben (Remonstrationsrecht und -pflicht).
- Unbedingt zu empfehlen sind eine persönliche Berufshaftpflichtversicherung und eine Berufsrechtsschutzversicherung.

Hygiene - Pflege - Recht

Fallbeispiele, Urteile, Praxistipps von A bis Z

Höfert, R.; Schimmelpfennig, M.

2014, VIII, 233 S., Softcover

ISBN: 978-3-642-30006-6